

grünliberale

Grünliberale Partei Kanton Luzern

Factsheet

Energiepolitik

Verabschiedet

durch den Vorstand am 21. August.2014

Ausgangslage:

- Im September 2013 hat der Kantonsrat ein revidiertes Energiegesetz abgelehnt. Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen und hätte eine wichtige Grundlage für die künftige Energiestrategie des Kantons Luzern bilden können. Die Grünliberalen haben als einzige Fraktion das revidierte Energiegesetz einstimmig unterstützt. Luzern bleibt einer der wenigen Kantone, die kein zeitgemäßes Energiegesetz haben. Es fehlt weiterhin die Grundlage, um die Energieziele 2050 zu erreichen.
- Der Kanton Luzern ist fast gänzlich von Energieimporten abhängig. Der jährliche Mittelabfluss aus dem Kanton ins Ausland (z.B. Nordafrika, Irak, Russland, Norwegen) beträgt für fossile Energieträger rund 800 Mio. CHF.
- Das ökologisch vorhandene Potenzial zur Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen beträgt beim aktuellen Stand der Technik beim Strom etwa 30% (z.B. Sonne, Wind etc.) und bei den Brennstoffen (z.B. Holz) rund 50%.

Forderungen der Grünliberalen Kanton Luzern:

- ➔ Verantwortung bei der Umsetzung der Energiestrategie 2050¹ wahrnehmen
- ➔ Ein zukunftstaugliches kantonales Energiegesetz schaffen (mit konkreten Massnahmen zur Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien, zur Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudereich, bei öffentlichen Anlagen und bei Grossverbrauchern)
- ➔ Ökologische Steuerreform umsetzen (z.B. mit Massnahmen wie ökologische Besteuerung von Gebäuden, Einführung einer Stromverbrauchssteuer)
- ➔ Vorbildfunktion im öffentlichen Bereich wahrnehmen

Begründungen:

- Die günstigste Energie ist die, die nicht gebraucht wird. Daher unterstützen die Grünliberalen Massnahmen und Programme, die für Gebäude oder Betriebe mögliche Energieeffizienzsteigerungen aufzeigen und allenfalls mit Anreizen die Umsetzung fördern. Die dafür nötigen Kompetenzen müssen, wo nötig, aufgebaut und vor allem einfach zugänglich gemacht werden.
- Die Luzerner Wirtschaft soll von der Energiewende profitieren. Dazu müssen die Aktivitäten zur Unterstützung bestehender und zur Ansiedlung neuer Firmen in den Bereichen Umwelt-, Ressourcen- und Energietechnologien durch Kanton und Wirtschaftsförderung verstärkt werden. Ergänzend

¹ Die Energiestrategie 2050 soll in verschiedenen Phasen umgesetzt werden. In der ersten Phase sollen die erneuerbaren Energien gefördert und die Energieeffizienz gesteigert werden. In der zweiten Phase soll das jetzige Fördersystem durch ein Lenkungssystem ersetzt werden.



Grünliberale Partei
Kanton Luzern
6000 Luzern
lu@grunliberale.ch
www.lu.grunliberale.ch

dazu sind entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote an der HSLU wünschenswert.

- Nach dem Scheitern der Energiegesetzrevision im Kantonsrat muss ein neuer Versuch unternommen werden, ein zukunftstaugliches Energiegesetz zu schaffen. Es soll Grundlage sein, für eine ambitionierte Energiepolitik, die den Energieverbrauch eindämmt und die Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen erhöht. Damit wird nicht nur die Umweltbelastung reduziert, sondern auch die Versorgungssicherheit erhöht. Gleichzeitig kann der Mittelabfluss gesenkt und die regionale Wertschöpfung gesteigert werden.
- Um erneuerbare Energien zu fördern und Innovationen schneller zur Anwendung zu bringen, bedarf es weiterer Massnahmen. Sinnvoll ist eine Erhöhung der Anforderungen an Gebäude bezüglich des Höchstanteils von nicht erneuerbarer Energien für die Wärmeproduktion. Der Höchstanteil soll der aktuellen technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit und Zumutbarkeit angepasst werden. Für Neubauten sind maximal 50% und für Erneuerungen (Ersatz der Wärmeerzeugung) maximal 80% nicht erneuerbare Energien denkbar. Ausnahmen sollen für denkmalgeschützte Bauten und Fälle mit unverhältnismässigem Aufwand möglich sein.
- Die glp setzt sich dafür ein, die Energieeffizienz bei Grossverbrauchern nach dem Vorbild der Kantone ZH und BS zu verbessern. Dazu sollen die Grossverbraucher von den zuständigen Behörden dazu verpflichtet werden, ihren Energieverbrauch zu analysieren und zumutbare Reduktionsmassnahmen umzusetzen. Davon ausgenommen werden sollen Unternehmen, die sich freiwillig verpflichten, vorgegebene Ziele für die Senkung des Energieverbrauchs zu realisieren.
- Die Grünliberalen unterstützen die geplante Verschärfung der Mustervorschriften der Kantone (MuKE) und das damit verbundene Verbot von Elektro-Widerstandsheizungen und direkt elektrischer Warmwassererzeugung (Elektroboiler). Die Neuinstallation und der Ersatz solcher Systeme sollen nicht mehr zulässig sein und bis 2025 durch andere Technologien ersetzt werden. Auch Heizungen im Freien müssen grundsätzlich verboten werden. Ausnahmen (z.B. für Marktstände) sind klar zu regeln.
- Die Grünliberalen sprechen sich für eine Lenkungsabgabe auf den Stromverbrauch mit Rückverteilung via Steuergutschrift aus. Damit soll der Anreiz erhöht werden, Strom zu sparen. Die Abgabe ist staatsquotenneutral auszugestalten. Die Erträge sollen beispielsweise in einen Stromsparmögensfonds fließen. So könnten die eingegangenen Mittel im Folgejahr über eine Steuergutschrift an die Bevölkerung und die Unternehmungen zurückgegeben werden.
- Mit einer fiskalquotenneutralen ökologisch ausgestalteten Gebäudebesteuerung soll die Energieeffizienz von Gebäuden berücksichtigt werden. Konkret soll ein energieeffizientes Gebäude dabei geringer besteuert werden, als ein vergleichbares, nicht energieeffizientes. Die Energieeffizienz soll auf eine einfache Art (z.B. Energiekennzahl Wärme, GEAK oder MINERGIE-Zertifikat) einmalig nachgewiesen werden. Mit dieser Reform würden Investitionen in die Effizienzsteigerung nicht steuerlich bestraft und stattdessen Anreize geschaffen, Gebäude schneller energieeffizienter zu machen.
- Die öffentliche Infrastruktur (Strassen, Schulhäuser, Verwaltungsgebäude, Sportplätze etc.) weist einen hohen Bedarf an Betriebsenergie für elektrische Geräte und Beleuchtung auf. Die Grünliberalen fordern, dass in öffentlichen Anlagen energieeffiziente Betriebseinrichtungen und Beleuchtung verwendet werden. Bei Neu- oder Ersatzinvestitionen solcher Geräte und Beleuchtungen sind nur wirtschaftliche Bestprodukte bezüglich der Energieeffizienz und der geringen Umweltbelastung auszusuchen und zu installieren.